

Bericht der Deutsch-Britischen Stiftung

Optimale Lohnsubvention von Erwerbstätigen und Beschäftigung in der alternden Gesellschaft – ein Vergleich Großbritannien-Deutschland

*Richard Blundell, Mike Brewer, James Browne, Peter Haan,
Michal Myck und Viktor Steiner*

Zusammenfassung

Wie müssten die britischen und deutschen Steuer- und Sozialleistungssysteme verändert werden, damit sich der Arbeitsmarkt der alternden Gesellschaft anpassen kann? Wie können die Steuer- und Sozialleistungssysteme zu einem Beschäftigungsanstieg durch Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit, Reduktion des vorgezogenen Ruhestands und Steigerung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen beitragen? In unserer vergleichenden deutsch-britischen Untersuchung stehen diese wichtigen politischen Fragen im Mittelpunkt, wobei wir an zwei empirischen Ausgangspunkten ansetzen:

- Anders als in der öffentlichen Debatte häufig angenommen, ist das Niveau der gesamten Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit in beiden Ländern ähnlich; die Förderung von Erwerbstätigkeit macht jedoch bei den Briten eine Arbeitsmarktbeteiligung für die Zielgruppen attraktiver.
- Die Löhne älterer Beschäftigter sind in Deutschland wegen der Bedeutung der Betriebszugehörigkeit bei der Lohnentwicklung („Senioritätsentlohnung“) weniger flexibel als in Großbritannien; dementsprechend unterscheiden sich die Beschäftigungsquoten Älterer in den beiden Ländern.

Ausgehend von den oben genannten Gegebenheiten, berücksichtigen unsere länderspezifischen Mikrosimulations-Modelle die Reaktion des Arbeitskräfteangebots. Die Einführung von Lohnsubventionen nach britischem Vorbild in Deutschland hätte nach unseren Simulationsergebnissen zur Folge:

- Die Erwerbsbeteiligung Alleinstehender würde zwar um rund 100.000 zunehmen, das Arbeitskräfteangebot von Männern und Frauen in Paarhaushalten aber um etwa 70.000 sinken würde. Die Reform wäre mit fiskalischen Kosten von netto rund 11 Mrd. Euro (7,2 Mrd. Pfund) jährlich verbunden.

- Eine bloße Übernahme des britischen Modells der Förderung von Erwerbstätigkeit ohne weitere Änderungen der Steuer- und Sozialleistungssysteme hätte daher keine positive Gesamtwirkung.

Darüber hinaus wird auch die optimale Ausgestaltung der deutschen und britischen Steuer- und Sozialleistungssysteme nach den Kriterien Gerechtigkeit und Effizienz untersucht. Die Förderung von Erwerbstätigkeit durch den Staat, die auf die Verbesserung finanzieller Anreize für Niedrigverdiener durch ein ausreichendes Einkommen nach Aufnahme einer Arbeit gerichtet ist, hat nicht nur die gewünschten positiven Arbeitsmarkteffekte, sondern möglicherweise auch ungewollte Wohlfahrtseffekte. Durch die staatliche Förderung von Beziehern geringer Einkommen kann das gesamte Arbeitsangebot eingeschränkt werden, wodurch zusätzliche Kosten für die öffentlichen Haushalte entstehen. Aus unserer Analyse dieser Wechselbeziehungen, die sich auf alleinstehende Mütter als der Hauptzielgruppe der Förderung von Erwerbstätigkeit konzentriert, gewinnen wir zwei wichtige Ergebnisse:

- Die derzeitigen Steuer- und Sozialleistungssysteme beider Länder, die keine negativen Grenzsteuersätze vorsehen, sind nur dann optimal, wenn die Gesellschaft das Wohlergehen nicht erwerbstätiger alleinerziehender Frauen relativ zu erwerbstätigen alleinerziehender Frauen stärker gewichtet.
- Sowohl in Großbritannien wie in Deutschland wären bei einer starken Präferenz für die Erwerbstätigkeit alleinerziehender Mütter Lohnsubventionen mit negativen Grenzsteuersätzen optimal.

Im Hinblick auf die Verstärkung der Arbeitsanreize für ältere Arbeitslose untersuchen wir drei Ansätze: eine Bezuschussung des Stundenlohns, eine Steuervergünstigung für Erwerbstätige sowie einen Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen ("Beschäftigungsbonus"). Dabei zeigt sich folgendes:

- Die Beschäftigungswirkungen der drei Reformansätze wären recht ähnlich und von moderater Reichweite – sie würden in der Größenordnung von 20.000 bis 30.000 zusätzlichen älteren weiblichen Beschäftigten und 10.000 bis 20.000 Männern liegen.
- Ein Zuschuss zum Stundenlohn würde die höchsten Einkommenszuwächse und Wohlfahrtsgewinne ergeben, insbesondere für im gemeinsamen Haushalt lebende Paare und alleinstehende Frauen; alleinstehende Männer würden am meisten von Steuervergünstigungen für Erwerbstätige profitieren.
- Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitslose sind eine effektive Alternative zu einer bloßen Kopie des britischen Modells flexibler Marktlöhne.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Annette Birkholz
Anglo-German Foundation/Deutsch-Britische Stiftung
Hackescher Markt 1, D-10178 Berlin
Tel +49 30 2063 4985, Fax +49 30 311 099 20
E-mail ab@agf.org.uk, Website www.agf.org.uk

Prof. Dr. Viktor Steiner
Department Public Economics, DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin
Tel +49 30 8978 9268, E-mail vsteiner@diw.de, Website: www.diw.de

Prof. Richard Blundell
Institute for Fiscal Studies
7 Ridgmount Street, London WC1E 7AE
Tel +44 20 7291 4800, E-mail r.blundell@ucl.ac.uk, Website: www.ifs.org.uk

Hinweis für die Redaktion:

Die Deutsch-Britische Stiftung trägt zur politischen Entscheidungsfindung in Deutschland und Großbritannien bei, indem sie vergleichende Forschungsprojekte im Bereich Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik fördert. Neben regelmäßigen Publikationen werden von der Stiftung Konferenzen, Seminare und Vorträge organisiert und unterstützend begleitet. Ziel ist es, den Ideen-, Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und britischen Experten aus Theorie und Praxis anzuregen und den Transfer von Best Practice zu fördern.

Rezensionsexemplare des Berichtes können Sie bei der Deutsch-Britischen Stiftung anfordern. Es besteht auch die Möglichkeit, den Bericht unentgeltlich direkt von der Website der Stiftung herunterzuladen. Gedruckte Exemplare können Sie auf unserer Website per Kreditkarte bestellen.

Die Autoren des Berichtes:

Richard Blundell, Institute for Fiscal Studies und University College London; Mike Brewer, Institute for Fiscal Studies; James Browne, Institute for Fiscal Studies; Peter Haan, German Institute for Economic Research (DIW Berlin) und Free University Berlin; Michal Myck, German Institute for Economic Research (DIW Berlin); Viktor Steiner, German Institute for Economic Research (DIW Berlin) und Free University Berlin.